

B-Rumde Warmi

Gesetze gegen ungehemmten Asylantenzuzug gefordert

Von ULRICH HORN

waz HERNE

Vor wachsendem Türkenhaß im Revier haben die Oberbürgermeister der Ruhrgebietsstädte am Freitag während einer Tagung in Herne gewarnt. Es sei unübersehbar, daß sich Ausländerfeindlichkeit ausbreite. Bösartige Witze, Schmierereien mit ausländerfeindlichen Parolen und Überfälle auf ausländische Familien hätten in letzter Zeit "in erschreckendem Umfang" zugenommen.

Innenminister Schnoor, der ebenfalls an der Tagung teilnahm, befürchtet, "daß die Türken in die Rolle der Juden während des Dritten Reiches" geraten könnten. Es bestehe die Gefahr, daß "politische Rattenfänger wie NPD und Neonazis sich die Sorgen der Bürger zunutze machen und ihr trübes Süppchen kochen" könnten. Und der Duisburger OB Krings: "Faschismus und Rassismus sind im Revier vorhanden. Wenn sie noch stärker werden, wäre das verhängnisvoll. Rassismus ist das letzte, was wir hier brauchen."

Der Bevölkerung müsse deutlich gemacht werden, "daß wir alles tun, um den ungehemmten Zuzug vor allem der Türken zu verhindern", erklärte der Herner OB Urbanski. Zwar gebe es inzwischen entsprechende Erlasse des Landes, doch müßten nun auch in Bonn endlich Gesetze zur Vereinfachung und Beschleunigung der Asylverfahren in Kraft gesetzt werden.

Das bisher nicht gelöste Asylantenproblem sei eine der Ursachen für die Ausländer-feindlichkeit. Erfahrungsgemäß seien 90 vH der Asylbewerber "Wirtschaftsflüchtlinge" und damit ohne Chance, als politische Asylanten anerkannt zu werden.

Kommentar: Die Feindlichkeit S. 2: Verständnis schwindet